

# Leipziger Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 152

Hauptredaktion: Dr. Goerth, Leipzig

Montag, den 7. April

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

# Bayern — Räterepublik

München, 7. April. (Drahtbericht.) Nach Mitternacht ist im Wittelsbacher-Palais in Anwesenheit des Münchener Zentralrates sowie von Mitgliedern der bayerischen sozialistischen Partei und des revolutionären Arbeiterrates die bayerische Räterepublik ausgerufen worden. In den von der königlichen Familie früher bewohnten Räumen herrscht reges Treiben.

München, 7. April. (Drahtbericht.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

### Telegramm an sämtliche Arbeiterräte.

Das werktätige Volk Bayerns hat seine Parteien überwinden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. Es übernimmt die ganze öffentliche Gewalt. Der Landtag wird aufgelöst. An Stelle der Minister treten die Kommissare und Beauftragten des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommen Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion. Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft, darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen. Die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und für rege Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volk für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich. Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.  
J. A. Reichsch.

### Das Programm der neuen Räterepublik

München, 7. April. (Drahtbericht.) Der revolutionäre Zentralrat Bayerns veröffentlicht in der heutigen Morgennummer der „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgenden

#### Aufruf an das Volk in Bayern.

Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Schicksals. Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernschaft Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten, sind durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, daß eine soziale Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats,

die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines nachdringlichen sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistischen

#### kommunistischen Wirtschaft.

Der Landtag, das unerschütterliche Gebilde des überwindenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Die von verantwortlichen Vertrauensmännern gewählten Arbeiterräte erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Befehle werden bewährte Männer aus allen Richtungen des

#### revolutionären Sozialismus und Kommunismus

sein. Die zahlreichen höchsten Kräfte des Beamtenstandes, zumal die unteren und mittleren Beamten, werden zur tätigen Mitarbeit in den neuen Bayern angefordert. Das System der Bürokratie wird aber unverzüglich aufgelöst. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Verharmung von innen und von außen wird sofort eine Rote Armee gebildet. Ein

#### Revolutionstribunal

wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rückwirkend ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die bedrückende Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen

lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der vordemokratischen Regierung Ebert-Scheidemann ab.

weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Bruderländer auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariaten, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für revolutionären Sozialismus kämpfen — in Warschau, in Berlin und im Ruhrgebiet —, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freundschaftlichen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der

#### 7. April zum Nationalfeiertag

erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschieds vom rückwärtigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern!  
Es lebe die Räterepublik!  
Es lebe die Weltrevolution!

München, 7. April. (Drahtbericht.) Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei Südbayerns hat mit 240 gegen 13 Stimmen beschlossen, der Gründung einer Räte-

republik zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei an der Durchführung der Räterepublik mitwirken.

### Am Ziel

München, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Entwicklung hat in Bayern das Ziel erreicht, das von dem Flügel der äußersten Linken eigentlich schon seit dem 7. November angestrebt worden ist: Die Räterepublik. Wie am 8. November 1918 Bayern als freier Volksstaat erwachte, so am 7. April 1919 als Räterepublik. In Ruhe, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen wäre, hat sich die

#### Wandlung vom Volksstaat zur Räterepublik

vollzogen. Ueber die letzten Geschehnisse kann man sich kurz fassen: Landtag und Regierung hatten Sonnabend und Sonntag Besprechungen, in denen festgestellt wurde, daß der Landtag durch seine beschlossene Plenarsitzung der Regierung nicht in den Rücken fallen wollte. Aber die Lage an sich war weiter fortgeschritten, als man scheinbar im Landtag wahrte. Noch Freitag nacht waren in das ganze Land vom Zentralrat Redner entsandt worden, die für die Räterepublik die Massen aufklärten. Ihre bis Sonntag beim Zentralrat in München telegraphisch eingetroffenen Berichte waren günstig. Am Sonntag nachmittag erklärte bereits der Vorsitzende des Zentralrats Reichsch, daß die Entscheidung unmittelbar bevorstehe. Am Sonntag nachmittag fanden noch im Zentralrat Besprechungen mit sozialistischen Parteiführern statt, als deren Ergebnis die Ausrufung Bayerns zur Räterepublik gelten darf. In der Nacht wurde dies getan, so daß Montag morgen die Zeitungen mit einem Aufruf an der Spitze des Textes erschienen, nach dem der Landtag und das sozialistische Kabinett erledigt sind und Bayern fortan durch Volksbeauftragte aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus verwaltet werden soll. Die Beamtenschaft wurde zur Mitarbeit aufgefordert, aber die Beseitigung des bürokratischen Systems und die Sozialisierung der Presse anhängig. Ferner wird sofort eine Rote Armee

gebildet, die

#### Verbindung mit Rußland und Ungarn aufgenommen

und gegen die Regierung Ebert-Scheidemann Stellung genommen und jede Zusammenarbeit mit dieser Regierung abgelehnt, weil sie unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Spa zusammengebrochenen Kaiserreiches fortsetzt. Der heutige Montag wird zum Nationalfeiertag erklärt. Alle Arbeit außer dem Eisenbahnverkehr und die Versorgung mit Wasser, Licht, Kohle und Lebensmitteln hat zu ruhen. Das 1. Infanterieregiment verlangt, als erstes Regiment der Roten Armee zugeführt zu werden, und fordert die Umbenennung der Kaserne in „Karl-Liebknecht-Kaserne“, Aufhebung aller Offiziersvorrechte und sofortige Einstellung der Gehaltszahlung an Offiziere, Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren, Aufhebung der Demobilisierungssorder, dahingehend daß keine Soldaten zwangsweise entlassen werden, bevor ausreichende Arbeitsgelegenheit geschaffen ist. Die Münchener Kommunisten fordern für die Bildung der Regierung ein Provisorium von 9 Volksbeauftragten, Entlassung sämtlicher Bürger, einschließlich Offiziere und Studenten, vollständige Umwandlung der kapitalistischen Volkswirtschaft in eine kommunistische, und zwar mit radikalsten Mitteln. Schon am letzten Sonnabend wurde von kommunistischer Seite die neue Ministerliste mitgeteilt, die allerdings noch nicht endgültig sein kann. Interessant ist nur, daß nach dieser Liste 12 Volksbeauftragte an der Spitze der Räterepublik stehen sollen. Zu den bisherigen Ministerien kommen also neu hinzu eines für Volksaufklärung, ein für das der anarchische Schriftsteller Landau genannt wurde, und eines für Sozialisierung. Von dem bisherigen Kabinett Hoffmann sollen lediglich, so heißt es, der Minister des Innern, der Sozialminister, der Verkehrsminister, der Landwirtschaftsminister, der Militärminister und der Handelsminister übernommen werden. In dem neuen Kabinett soll Professor Dr. Jaffe Finanzminister werden. Von der alten Regierung waren am Sonntag nur noch die Minister Frauendorfer und Unterleitner in München.

Als neues charakteristisches Zeichen hat zu gelten, daß der radikale Teil der Beamtenschaft sich an dieser dritten Umwälzung beteiligt. Die Beamtenschaft will der Aufforderung zur Mitarbeit Folge leisten, wenn ihre Beamtenrechte gewahrt bleiben. Der Zentralrat hat Sonntag nacht an sämtliche Arbeiterräte Bayerns die oben mitgeteilte Kundgebung erlassen, der zufolge alle Gewalt in die Hände der Räte gelegt ist.

In Nürnberg sprachen sich die Mehrheitssozialisten gegen eine Räterepublik aus. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. In Augsburg war man für eine Räterepublik. Dort sollen stehen angesehene Personen in Schutzhäft genommen sein. Staatskommissar für Wohnungswesen Dr. Wodler erklärte in einer Massenversammlung, daß er ein Wohnungsprogramm fertiggestellt habe. Es wird die Herabsetzung des Mietzinses bringen. Weiter soll ein

#### Enteignungsgesetz bereits ausgearbeitet

sein. Es hat folgenden Wortlaut:

„Jedes Vermögen (Vermögenswerte über 10 000 Mark) wird festgesetzt. Aus dem Vermögen soll gesteuert nach der Höhe eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staate mit drei bis vier Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staate.“  
(Siehe auch Seite 2)

### Das kommunistische Bayern

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

München, 6. April.

„Seit 3 Monaten mocht das proletarische Meer gegen die Mauern des Staates!“ Mit diesen Worten hat am Sonnabend der Spartakidenführer Dr. Levine die Lage in Bayern gekennzeichnet. In der Nacht vom 7. zum 8. November wurde die Spitze des Gebäudes von der revolutionären Freiheit (Arbeiter, Soldat und Bauer) gestürzt. Am 21. Februar wurde durch die Sprengung des Landtages dem demokratischen Gedanken der Todesstoß veretzt. Denn jener Landtag, der auf Grund einer leoninischen Teilung der Gewalten zwischen Volksvertretung, Ministerium und Zentralrat am 17. März sich wieder versammelt, hatte nur mehr den Schatten der Souveränität, die ihm das gesamte Volk durch die Wahlen vom 12. Januar zugesprochen hatte. Am 4. April hat der Zentralrat tatsächlich die Regierungsgewalt, die er nie formell zurückgegeben hatte, wieder an sich genommen und es erreicht, daß der Landtag auf eine, zur Besprechung von Interpellationen geplante, kurze zwei- bis dreitägige Tagung verzichten mußte. In diesem Augenblick hat sich die Ohnmacht des Kompromisses, des Landtag und Regierung verfassungsmäßige Arbeit ermöglichen sollte, geöffnet, hat sich der Zentralrat als stärkster Partner im Spiel um die Gewalt in Bayern erwiesen.

Der Zentralrat ist eine Schöpfung der Revolution in weit höherem Maße als Ministerium und Volksvertretung. Er ist aus dem Rätegedanken hervorgegangen und strebt naturgemäß zur Räterepublik Bayern. Gestützt auf die proletarischen Massen, die zurzeit die politische Herrschaft in den Händen haben, begünstigt durch die fortschreitende Radikalisierung auch in den Beamten- und kleinbürgerlichen Kreisen, durch die Diskreditierung des Parlamentes aus eigener und fremder Schuld, hält er nunmehr den Augenblick für gekommen, den Landtag beseitigen zu lassen und ein Ministerium von Volksbeauftragten nach eigener Wahl zu bilden. Die Räterepublik Bayern soll die sofortige Vollsozialisierung bringen.

Der Zeitpunkt dieser dritten Revolution, die mit der Erklärung des Zentralrates vom 4. April begonnen hat, ist von den Führern klug gewählt. Das Beispiel Ungarns mußte verwertet werden solange es seine Anziehungskraft auf die Massen noch nicht verloren hatte. Die Verbesserung in der Stimmung des Proletariats, die durch die Hebung der Ernährung und die Wiederaufnahme der Arbeit in den nächsten Tagen und Wochen zweifellos erfolgt wäre, — über eine halbe Milliarde Mark für Notstandsarbeiten haben Regierung und Landtag bereitgestellt und Auslandsmittel haben Bayern bereits erreicht — durfte nicht zur Wirkung kommen. Die Verzögerung des Friedensschlusses, der vorerst unabänderliche Tatsachen geschaffen und die Weltrevolutionäre vielleicht zu einer neuen Taktik gezwungen hätte, trat begünstigend hinzu. Ist es doch eines der stärksten Argumente, mit denen dem bayerischen Proletariat die Räterepublik erwünscht gemacht wird, daß der Sieg des Rätegedankens in Bayern die Weltrevolution näher bringt, den Imperialismus der Entente stürzt und einen Frieden von Volk zu Volk ohne Annexionen und Entschädigungen ermöglicht.

Der Novemberrevolution haften von Anfang an das soziale Moment an. Die Massen haben die soziale Hilfe, die ihnen durch den Achtstundentag, durch die Vermehrung ihrer Rechte in den Betrieben, durch erhöhte Löhne, durch Bevorzugung bei der Verteilung von Lebensmitteln, durch Straflosigkeit auf dem Gebiete der Kriegsnotegelei, durch vermehrte Schutz gegen Vermieterwillkür, durch Wohnungsfürsorge und anderes mehr gewährt wurde, als etwas Selbstverständliches hingenommen, ohne sich um die Anbringung der ungeheuren Mittel, die die Gesamtheit belasten, zu kümmern. Das Mißtrauen gegen die Regierung ist nicht nur geblieben, es ist nach der Ermordung Eisners stärker geworden. Regierung und Landtag haben getan, was in ihren Kräften stand, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Aber sie haben nicht das Verständnis bei den Massen gefunden, daß Zahlungsmittel an sich wertlos sind, daß sie ihren Wert erst durch produktive Arbeit erhalten. Vielleicht liegt die Arbeitslosigkeit, die noch große Teile des Volkes beherrscht, sowohl in den Nachwirkungen eines vier- einhalbjährigen Krieges mit seiner einseitigen, auf Zerstörung und Einstellung von Zerstörungsmitteln, nicht auf produktive Arbeit gerichteten Heberspannung der Kräfte, vielleicht aber auch daran, daß die Revolution für die Massen politisch bisher noch nicht abgeschlossen war.

Diese Ueberlegung berührt die geistige Seite der dritten Revolution. Es ist nicht an dem, daß die Volksmassen heute nur die materielle Verbesserung ihrer Lage im Auge haben. In vielen lebt ein starkes und tiefes Gefühl dafür, daß die Revolution auch einen neuen Menschheitstypus von proletarischem Ansehen schaffen soll, der endgültig auf den Kampf in jeder Form, sei es um die Behauptung des Volksganzen im Kriege nach außen, sei es um die Behauptung der Einzelgenossen im wirtschaftlichen und politischen Kampf nach innen, verzichten kann, weil er eine Wirtschaft- und Gesellschaftsform, die den dauernden politischen und sozialen Frieden verbürgt, an die Stelle des alten imperialistischen und individualistischen Bureaukraten- und Kapitalistenstaates setzen will. Hier taucht zum ersten Male der Kommunismus auf, der der dritten Revolution unter Umständen das entscheidende Gepräge gibt.

Es ist interessant, die Wandlungen festzustellen, die der Rätegedanke in Bayern seit dem Novemberumsturz bei den linksstehenden Parteien erfahren hat. Die Mehrheitssozialisten haben anfänglich das Rätesystem als beherrschenden Faktor abgelehnt. Sie stellten die Demokratie, den Parlamentarismus, die Gleichberechtigung aller, auch der bürgerlichen Parteien, an der Leitung von Staat und Wirtschaft voran. Heute sind die Mehrheitssozialisten ebenfalls Verfechter der Räteherr-



Sozialdemokratischer Bezirkstag in Berlin

Berlin, 7. April. (Drahtbericht.) Unserer Berliner Bezirksleitung... Auf der gestrigen Bezirksversammlung... Die Tagesordnung... Die Beschlüsse...

Leichtathletik

Der 25. April... Die Leichtathleten... Die Wettkämpfe...

Leipzig-Börse vom 7. April

Der neue Umsturz in Bayern und Meldungen über Gütergängen in anderen Teilen Deutschlands riefen auf allen Gebieten starkes Angebot hervor... Die Kurse von der Berliner Börse sind nicht eingetroffen...

Diskonto-Commandit-Gesellschaft. Die Bilanzabrechnung wird, wie wir hören, am 25. April abgehalten werden.

174. Sächsischer Landes-Lotterie

Table with lottery results including numbers like 150000 auf Nr. 15100, 5000 auf Nr. 5020, and various winning amounts.

Kassel, 7. April. (Drahtbericht.) In der Vollversammlung des hiesigen Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates...

Die Deutsche demokratische Partei im 1. sächsischen Wahlkreis... Die sozialdemokratische Partei von Eberfeld-Verden hat für die Wahlberechtigte Arbeitssache und Fernhaltung der Kinder von der Schule beschloffen.

Sport und Spiel

Dierdesport... Fußballsport... Tischtennis... Die Fußballspiele...

Leipzig-Börse vom 7. April

Die Börse nahm den Verkehr der neuen Woche in Verstummen auf. Das Geschäft bewegte sich in sehr engen Grenzen... Die Kurse von der Berliner Börse sind nicht eingetroffen...

Die drei Kinder

Anton von Hermann Einshelmer. Nach einer Weile sagte sie: 'Onkel Fritz erinnert dich an die Vergangenheit. Du mußt sie vergeßten.' Er sagte: 'Das will ich.' Ganz schwach kamen diese drei Worte hervor...

Das späte Gesicht des Onkels wurde noch spitzer und dünner. Es drohte ganz in sich zu verwindeln. Er stand, mit wie ein Kreis, auf, um vor Marie zurückzuweichen. Sie hielt ihn aber fest und ergriff die eine Hand. 'Onkel Fritz hauchte sie wie ein Sterbender hervor: 'Gottan leidet an dir.' Marie ließ ihn augenblicklich frei. Sie streckte die Arme hoch und atmete tief. Ihr Gesicht leuchtete von der Seligkeit eines Augenblicks und sie dann sah in eine tiefe Traurigkeit...

Fürstenhof - Leipzig

30 Bäder, Sitzungszimmer. Alle Zimmer m. fließ. Wasser. Einheitspreise 7 Mark; mit Bad 10 Mark.

Robert Hellmann

Beerdigungshof 29. Fernsprecher 4411. Feuerbestattung. Annahmestelle: Südstr. 50, Fernsprecher 3184.

Advertisement for 'Damentaschen Stets das Neueste F. A. Winterstein'. Includes text 'Koffer- und Lederwarenfabrik Mainstraße 2' and 'Wir führen Wissen.' with a logo.

Leipzig und Umgebung

Handwerk und Deutsche Demokratische Partei

Die am 3. April 1919 in der 'Grünen Ecke' abgehaltene Versammlung des 11. Bezirks der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung eröffnete Herr Zahn als Bezirksobmann und erteilte nach einer kurzen Begrüßung Abgeordneten Lehrer Claus das Wort zu seinem Vortrag: 'Was ist für unseren Handwerkerstand zu tun?' Der Redner führte aus, daß, nachdem Deutschlands Wohlstand durch den Krieg vernichtet worden ist, nur eine Zusammenfassung aller Kräfte es vor dem völligen wirtschaftlichen Untergang retten kann. Die Entente macht uns dies durch die Wegnahme unserer Flotte und Maschinen, und durch die Abfuhr im Westen und die unentbehrlichen Industriegüter, im Osten die Hauptgetreidegebiete zu entreißen, fast unmöglich. Aber noch schwerer wiegt die innere Gefahr. Sinnlose Streiks und wildes Sozialisieren zerstören alle Kräfte. Grundlegend tritt die Demokratische Partei für eine Verstaatlichung nur dort ein, wo sie eine wirtschaftliche Notleistung für die Allgemeinheit verspricht. Daher befristet sie die Verstaatlichung der Kraftwerke und großen Beschäftigungsunternehmen. Der Redner besprach dann die kommunikativen Pläne Dr. Neunhofs und wies nach, daß sie das Prinzip der 'Faulheit' in sich tragen, daß sie die Menschen nicht glücklicher machen würden, sondern zur Maschine. Die Sozialisierung bedroht in erster Linie den Handwerkerstand, der von der Sozialdemokratie nichts zu erwarten hat, mit dem Untergang. Wir aber glauben an die Unentbehrlichkeit des freien Handwerkers, dessen Juhant wesentlich auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegt. Der Handwerkerstand ergänzt sich aus Arbeitern, die durch Sparen es zum selbständigen Betriebe gebracht haben. Diesen gesunden Zustand hat der Staat zu schützen. Sehr schwer hat der Handwerkerstand durch den Krieg gelitten, auch jetzt bei der Lage infolge des Rohstoffmangels und der Zurückhaltung des Publikums mit Aufträgen nicht gebessert.

Wie ist dem Handwerk nun zu helfen? 1. durch Selbsthilfe. Der Handwerker muß sich organisieren, muß Verbände bilden, auch wenn ihm das nicht liegt. Er muß sich in Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, wodurch er große Staatsaufträge erhalten kann. Er muß Kreditgenossenschaften bilden, da der einzelne oft nicht den nötigen Kredit erhält. Freilich muß sich der Handwerker an eine ordentliche Durchführung gewöhnen, sonst wird ihm niemand etwas geben. Der Redner ist nicht für die Zwangsmaßnahmen und glaubt nur an den freien freiwilligen Organisations- und Staatshilfe. Da der Handwerker ohne seine Schule in den Zusammenbruch geraten ist, so ist der Staat auch zur Unterstützung verpflichtet. Dafür treten alle Parteien, außer der U. S. P., ein. Es müssen die Kriegsverluste zum Schutze der Handwerker befreit werden. Die Verordnung über den Achtstundentag muß fallen; denn viele Gewerbebetriebe würden dadurch ruiniert (J. B. Barbier). Auch die Selbstgenossenschaft können im ungenügendem Maße (vor allem die Landwirtschaft). Hier müßte wenigstens ein Jahresfestum der Arbeitskräfte festgesetzt werden. Die Sozialdemokratie treibt hier unsinnige Prinzipienreiterei. Die Landesoberverwaltungsstelle für Rohstoffe muß bleiben; sie kann dem Handwerker durch Zusammenstellungen viel nützen (J. B. bei Staatsaufträgen und so weiter). Durch einen Genossenschaftslohn soll wie im Krieges den Handwerkern zu guten Bedingungen Kredit gewährt werden, die Summe von 2500 M. muß erhöht werden; wenn der Staat bisher die Mithilfe zu 1/2 den Gemeinden überließ, so soll er jetzt selber mindestens zur Hälfte übernehmen. — Auch auf dem Gebiete der Schule muß noch viel geschehen. Es ist gut, daß das Einjährig-Diplom weggefallen ist, denn es hat gerade die besten Köpfe dem Handwerkerstande entzogen. Ein guter Fachunterricht würde das Handwerk wesentlich heben. Auch für die Lehrlingsausbildung muß der Staat viel mehr sorgen als bisher. — Die Demokratische Partei wird sich mit aller Kraft in der Volkshammer für den Handwerkerstand einsetzen, da sie von seiner Unentbehrlichkeit überzeugt ist.

In der Aussprache ging Gewerbestammer-Syndikus Herzog auf die Sozialisierung, die Schaltung der Handwerker und den Stand des Handwerks ein. Dr. Käthe schloß sich den Ausführungen des Vortragenden an und erläuterte an einigen Beispielen die praktische

Undurchführbarkeit der kommunikativen Bestrebungen. Nach dem Schlusssatz des Abgeordneten Claus schloß die Versammlung, Dr. Koch, die Zukünfte in Rußland und den russischen Sozialismus aus eigener Erfahrung. In anschaulicher Weise erläuterte er einzelne Ergebnisse aus der russischen Revolution und vermahnte das Selbstvertrauen zu einer kurzen Skizzierung ihres Entwicklungsganges. Mit einem Dank an die Vortragenden schloß Herr Zahn die anregend verlaufene, gutbesuchte Veranstaltung.

• **Privatunterricht und Privatschulen.** Das Kultusministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach Privatunterricht im Sinne des Volksschulgesetzes vom 28. April 1873 nur insoweit zulässig ist, als es sich um Hausunterricht für Kinder einer einzelnen Familie handelt. Zur Teilnahme nicht zur Familie gehöriger Kinder an solchem Unterricht bedarf es der Genehmigung der obersten Schulbehörde. Unterrichtsveranstaltungen für Schüler, die sich wegen ihrer körperlichen und geistigen Veranlagung und Beschaffenheit nicht zum Besuche der allgemeinen Volksschule eignen, müssen den gesetzlichen Anforderungen für Privatschulen entsprechen, wenn mehr als acht Schüler beteiligt sind. Die mit Genehmigung der obersten Schulbehörde errichteten Privatschulen können bis auf weiteres im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Die Bildung neuer Klassenzüge in diesen Anstalten ist unzulässig.

• **Verlängerung des Konfirmandenunterrichts in Sachsen.** Im Hinblick auf die Einstellung des Katechismusunterrichts in den Volksschulen hat das Dresdener Landeskonsistorium in einer Verordnung, die in den nächsten Tagen ausgegeben werden wird, angedeutet, daß der Konfirmandenunterricht in diesem Jahre bereits Mitte Mai (nach dem Sonntag Jubilate) beginnen soll. Diese Verlängerung des Unterrichts, die für die Weidlichen eine starke Mehrbelastung bedeutet, ist in anderen Landeskirchen Deutschlands bereits seit langem eingeführt. Sie soll, wie die sächsische Konsistorialstelle mitteilt, einer grundsätzlichen Neuregelung der Dauer und Gestaltung des Konfirmandenunterrichts durch spätere Bestimmungen nicht vorgreifen.

• **ra. Fahrpreisermäßigung für Stadtkinder zum Landaufenthalt.** Nach in diesem Jahre werden bedürftige Stadtkinder, die im Interesse einer besseren Ernährung zu einem mindestens vierwöchigen Aufenthalt aufs Land geschickt werden, im Bereiche der sächsischen und preussischen Staatsbahnen auf der Hin- und Rückreise in der 3. Klasse der Eisen- und Perlenzüge zum halben Fahrpreis 4. Klasse befördert. Die Vergünstigung wird auch den Begleitpersonen gewährt, ist jedoch an Sonn- und Feiertagen wie auch für Schnellzüge ausgeschlossen.

• **Pässe für Reisen nach Böhmen.** Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten und Zeitverluste, die damit verbunden sind, daß seit 24. März jeder Pass für eine Reise nach Böhmen vor der Grenzübersteigerung an das Ministerium des Innern in Prag zur Witterung eingeleitet werden muß, ist die Handelskammer Dresden beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dahin vorstellig geworden, daß bis zur Errichtung eines sächsisch-böhmischen Konsulates in Dresden ein Beamter der sächsisch-böhmischen Regierung dem österreichischen Konsulat in Dresden für die Mitwirkung bei der Erstellung von Reisepässen beigegeben werde. (Für Leipzig wäre eine gleiche Maßnahme sehr angebracht in der Richtung, daß hier ebenfalls ein Beamter der neuen Regierung die gleiche Befugnis erhalte.)

• **Die Deutsche demokratische Partei für Leipzig und Umgebung.** 7. Bezirk, hält heute abend 1/8 Uhr im 'Eiskeller', Leipzig-Gohlis, eine Mitgliederversammlung ab, in der Privatdozent Dr. Brahn über 'Demokratie und Sozialismus' spricht.

• **Löhnsachen.** 6. April. Die hiesige Postagentur ist am 1. April in ein Postamt III umgewandelt worden. Die Dienststellen des neuen Postamtes für den Verkehr mit dem Publikum sind (festgesetzt a) für die Werktage auf die Zeit von 8—12 Uhr vorm. und 2 1/2—5 Uhr nachm., b) für die Sonntage auf die Zeit von 8—9 Uhr vorm. und 11—12 Uhr vorm.

Sächsische Nachrichten

• **Wesl. Erzgeb., 2. April.** Der Gemeinnützige Bauverein 'Vereine' a. G. m. b. H. beschloß, von der Stadt auf dem sogenannten 'Eichigt' 30 000 Quadratmeter Boden anzukaufen zum Preise von 60 Pf. für das Quadratmeter und für weitere 20 000 Quadratmeter sich das Vorkaufsrecht zu sichern. Mit dem Kauf von Häusern soll sofort begonnen werden. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und die Firma A. Wellner stellten dem Bauverein mit je 30 000 Mark bei.

• **Wesl. Erzgeb., 6. April.** Ein rapider Rückgang des Milch-erzeugung im hiesigen Bezirk ist jetzt amtlich festgestellt worden. Gegenüber einem Milchlieferer der Gemeinden von 180 288 Liter nach Abzug des zulässigen Selbstverbrauchs wurden in den letzten drei Wochen nur zur Ablieferung gebracht 154 800, 150 001 und 129 700 Liter. Der vorra. festzustellende Anfall in der letzten Woche ergibt einen Minderertrag von über 20 Tausend Liter. Der Anfall ist für die Milchleistung um so höher, da diese sich seit Aufstellung des Verordnungsplanes um 16 335 Personen vermehrt hat, was einen Mehrverbrauch von mehr als 30 Tausend Liter bedingt.

• **Wesl. Erzgeb., 5. April.** Die hiesigen Landwirte schlossen sich zu einem Bezirksverband der Landwirte in der Amtshauptmannschaft Wesl. Erzgeb. an. In der Gründungsversammlung wurde in einer Entschließung gefaßt, daß sich die Wesl. Erzgeb. Landwirte im Interesse der Volksernährung an die Landarbeitserordnung nicht gebunden halten.

• **Wesl. Erzgeb., 5. April.** Eine 41 Jahre alte Arbeiterschwester, die Umgang mit russischen Kriegsgefangenen gehabt hatte, hat in Ostro ihr heimlich geborenes Kind veratet. — In Ostro wurde ein 24 Jahre alte Magd verhaftet, die heimlich geboren und das Kind, in der Absicht es zu töten, in die Abgründe geworfen hatte. Das Kind konnte gerettet werden.

Aus den Nachbarstaaten

• **Altenburg, 6. April.** Die Diebstähle an militärischem Eigentum mehren sich hier in erschreckender Weise. Es wurden kürzlich aus der Wehrbezirkskommission der Maschinenwerkstatt des Freiwilligen-Bataillons in der Ernst-Kaserne 15 neue Hüde aus grauem Tuch, 24 neue Hüde, 10 Paar neue Hüde, 10 graue Zeitbahnen, 60 Paar Strümpfe und vieles andere Militärgut gestohlen.

• **Steinach, 6. April.** Ein Lehrling Hamsterer, der Arbeiter Matthäi aus Steinach (S.-M.) nach in Schwelm auf dem Bahnhof den Diebstahl eines Hühners der Bahnhofswache in die rechte Hand. Im Handgemeine mit der Schutzwache wurde dann Matthäi von einer Wache tödlich getroffen. Hermann Matthäi war erst vor einigen Wochen aus dem Felde zurückgekehrt. Er besitzt neben anderen Auszeichnungen das Eisener Kreuz 1. Klasse. Auch sein Bruder, der Kriegsinvalide ist, wurde bei dem Vorgange verwundet.

Lebensmittelkalendar für Dienstag, 8. April

Für Haushaltungen. Anmeldung: Feigwaren: Leichter Tag — abgegeben 9 C und 4 der Lebensmittelkarte Reihe C (100 Gramm); Fleischmarkenstreifen 3 1—3 (100 Gramm). — Graupen: Leichter Tag — abgegeben 11 C und 4 der Lebensmittelkarte Reihe F (250 Gramm); Marken 6 1 M, 6 2 M und 6 3 M der Lebensmittelkarten 6 1, 6 2, 6 3 (F 2) für Kinder bis zu 2 Jahren (250 Gramm). Ausgabe: Rohmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu 2 Jahren: Beginn — befreit mit den Marken der Reihe 4 der Lebensmittelkarten 6 1, 6 2, 6 3. — Rohmittel für Schwangere: Beginn — befreit mit 6 1—2 der Sonder-Lebensmittelkarte F, 2. — Fleisch: 21. April Nr. 1001—2000 der Hauspostkarte (ohne Anspruch auf Befreiung).

Für Händler. Milch: Milchartenbefreiung durch die Milchhändler Nr. 251 bis 500. — Margarine für Wädhren: Leichter Tag der Warenentnahme, Rohstoffe 11/13, durch die Verkaufsstellen. — Butter: Bezugsentnahme durch die Großhändler. — Eier: Bezugsentnahme durch die Milchhändler.

Handels-Nachrichten

Die Reichsbank am Quartalschluß

Der Reichsbankausweis vom 31. März zeigt im Vergleich zu den beiden Vorjahren folgendes Bild (alles in Millionen Mark):

Table with columns for Aktiva and Passiva, showing values for 1918 and 1917. Aktiva: Metallbestand, Darunter Gold, Kassenscheine, Noten, Wechsel, Lombarddarl., Sonstige Aktiva. Passiva: Grundkapital, Reserve, Notenumlauf, Giroguthaben, Sonst. Passiva.

Der am 31. März abgeschlossene Ausweis der Reichsbank läßt auf den Anlagekonten und für den Notenumlauf ein gewisses Anwachsen der Ziffern erkennen, das in der Hauptsache auf die Erfordernisse des Vierteljahreschlusses zurückzuführen ist. Die gesamte Kapitalanlage stieg von 27 738,1 auf 30 330,8, d. h. um 2592,7 Mill. Mark, für die bankmäßige Deckung machte die Verrechnung diesmal 2593,2 Mill. Mark aus. Da auf der andern Seite auch die fremden Gelder eine ähnlich hohe Ausdehnung, nämlich um 2535,1 auf 14 502,9 Mill. Mark erfuhr, stellte sich die tatsächliche Neuannehmehöhe der Bank, das ist die Zunahme der Anlage abzüglich der Vermehrung der fremden Gelder, nur auf 57,6 Mill. Mark. An Banknoten wurden in der letzten Märzwoche 1918, 4 (L. V. 578,6) Mill. Mark neu verausgabt, so daß der gesamte Notenumlauf bis zum 31. März 1919 auf 25 490,5 Mill. Mark anstieg. Daneben mußten an Darlehenskassenscheinen diesmal 861,5 (839,8) Mill. Mark neu in den Verkehr geleitet werden. Die Summe der im Verkehr befindlichen Darlehenskassenscheine belief sich damit Ende März 1919 auf 11 027,7 Mill. Mark. Eingeschlossen in diesen Betrag sind die Bestände der Privatnotenbanken an Darlehenskassenscheinen, nicht einbezogen die auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1915 (RGBl. Seite 179) als Deckung für ausgegebene Reichskassenscheine zurückgestellten 120 Mill. Mark. Zu dieser beträchtlichen Ausdehnung des Zahlungsmittelbestandes in der letzten Märzwoche trug die Eisbildung des außer Kurs gesetzten Notgeldes der Kommunen usw. nicht unwesentlich bei. Im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über die Lebensmittelzufuhr nahm der Goldvorrat in der Berichtswoche beträchtlich, nämlich um 272,8 auf 1916 Mill. Mark, ab. Die Bestände an Scheidemünzen und Reichskassenscheinen setzten nur unwesentliche Verminderungen. Der Darlehensbestand bei den Darlehenskassen wie infolge bedeutender Neuannehmehöhe in der Berichtswoche eine erhebliche Steigerung, und zwar um 987 auf 17 872 Mill. Mark aus. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehenskassenscheinen floß in die Reichsbank, die ihrerseits, wie oben erwähnt, 861,5 Mill. Mark an diesen Geldscheinen neu in den Verkehr gab. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen erhöhten sich auf 6724,9 Mill. Mark.

• **Elberfelder Bankverein.** Nach dem Bericht für 1918 betragen die Umsätze 885,22 (L. V. 551,22) Mill. Mark. Der Reingewinn einschließlich Vortrag stellte sich auf 1,04 (0,98), der Reingewinn auf 0,55 (0,55) Mill. Mark, aus dem bekanntlich

wieder 6 1/2 Proz. Dividende verteilt werden sollen; 41 479 (44 558) M. kommen auf neuen Vortrag. In der Bilanz werden ausgewiesen: Kasse und Guthaben bei Notenbanken mit 1,23 (0,84), Wechsel mit 9,31 (5,95), Notenguthaben mit 7,77 (4,59), Wertpapiere mit 1,07 (0,96), Debitoren mit 2,76 (3,82) und Kreditoren mit 18,48 (18,51) Mill. Mark.

• **Rostocker Bank in Rostock.** Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1918 schließt mit einem Gesamtgewinn von 1 339 199 (L. V. 1 170 999) M. ab. Hiervon erforderten: Zinsen auf Spareinlagen 681 225 (512 536) M., Steuern 17 555 (7752) M., Unkosten 350 778 (288 065) M., Rückstellung für Erneuerungsscheine 8000 (9000) Mark, Abschreibung auf Bankgebäude 25 000 (20 000) M. und Abschreibung auf Geschäftseinrichtung 8108 M. Der Reingewinn beträgt 810 539 (883 809) M.; die Dividende ist bekanntlich mit 5 Proz. (wie L. V.) auf die Vorzugsaktien und mit 4 (0) Proz. auf die Stammaktien vorgeschlagen.

• **Pestsetzung von Kohlenhöchstpreisen.** Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr Höchstpreise für Kohlen festgesetzt, um die von Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat beschlossene Kohlenpreiserhöhung unmöglich zu machen. Die festgesetzten Höchstpreise entsprechen den am 31. März 1919 in Geltung gewesenen Verkaufspreisen des Syndikats und gelten vom 1. April 1919 ab. Die endgültige Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen.

• **Gewerkschaft Verein, Trappe in Silschede.** Die Gewerkschaft verteilt wieder eine regelmäßige Ausbeute von 75 M. je Kux. Bekanntlich wurde Ende Januar außerdem eine Sonderausbeute von 100 M. bar und 100 M. in Kriegausleihe bezahlt. Im letzten Viertel 1918 wurden 75 M. bar und 100 M. in Kriegausleihe ausgeschüttet. Im ersten Vierteljahr 1918 betrug die Ausbeute nur 50 M.

• **Hohenloherwerke, Generaldirektor Schaltenbrand.** der im August 1918 seine Entlassung erbeten hatte, hat, wie die Gesellschaft jetzt mitteilt, sein Amt mit dem 31. März d. J. niedergelegt. Er wird in der nächsten Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

• **Hg Eisenwerk vorm. Nagel und Kaemp, Akt.-Ges., in Hamburg.** Nach dem Bericht für 1918 beträgt der Ueberschuß einschließlich Vortrag 1,35 (L. V. 1,37) Mill. Mark. Gehälter ordnen 0,76 (0,80), Abschreibungen 0,09 (0,10) Mill. Mark. Aus dem Reingewinn von 290 580 (285 615) M. sollen bekanntlich 8 (12) Proz. Dividende verteilt und 6875 (6430) M. neu vorgetragen werden. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um das Werk in ruhige Zeiten hindüberzuleiten. Der Eingang neuer Aufträge hat sich weiter verschlechtert. Ueber das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres läßt sich ein Ueberblick noch nicht gewinnen.

• **Concordia, Spinnerei und Weberei, Akt.-Ges., in Bunzlau und Marklissa.** Der Abschluß für 1918 weist nach Abschreibungen von 151 870 (L. V. 335 030) M. einen Reingewinn, einschließlich Vortrag, von 603 424 (783 127) M. aus. Hieraus soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von wieder 12 Proz. ausgeschüttet werden, während 66 481 (132 375) M. auf neue Rechnung kommen. Die Aussichten für das neue Jahr sind, dem Geschäftsbericht zufolge, ungewiss in Anbetracht der ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. — In der Bilanz erscheinen Bankguthaben mit 2,41 (1,57), Wertpapiere mit 1,00 (0,68), Vorräte mit 2,08 (1,70), Debitoren mit 0,90 (0,96) und Kreditoren mit 3,28 (1,75) Millionen Mark.

• **Wischelabrik Gebrüder Simon, Akt.-Ges., in Aue und Berlin.** Von dem Betriebsergebnis von 234 527 (L. V. 421 562) M. verbleibt nach Abschreibungen von 113 558 (121 807) M. einschließlich des Vortrages von wieder 100 000 M. und einer Entnahme aus der Spezialreserve von 66 000 (0) M. ein Reingewinn von 571 669 (839 735) M. Ueber Zweckverwendung werden bis jetzt keine Mitteilungen gemacht. Im Vorjahre

wurden 8 Prozent Dividende verteilt. — In der Bilanz erscheinen u. a. Vorräte mit 3,40 (1,63), Bankguthaben mit 0,10 (0,46), Debitoren mit 1,51 (1,83), Wertpapiere mit 0,43 (0,22) und Kreditoren mit 2,77 (1,53) Millionen Mark.

• **Die deutschen Mischgarnindustriellen schlossen eine Interessengemeinschaft.**

• **Maschinenfabrik Karl Krane in Leipzig.** Dem Vorsteher der Einkaufsabteilung, Herrn Adolf von Zschau, ist Gesamtprokura erteilt worden, daß er mit einem anderen Prokuristen zusammen die Firma zu vertreten berechtigt ist.

• **Im Vom Hopfenmarkt wird uns aus Nürnberg unter dem 5. April geschrieben:** In anderen Jahren wird diese Zeit der Hopfenstock bereits unter Kultur genommen, die Pflanze wird aufgedeckt und der Schnitt beginnt allmählich. Diesmal hat die fortgesetzte kalte Witterung, die mit Schnee und Frost erschien, außerordentlich verzögernd auf die Feldarbeiten gewirkt, so daß von dem Zustand der überwinterter Pflanze noch nicht viel gesagt werden kann.

Das Geschäft am hiesigen Markt verlief in der verfloessenen Woche einträglich und zeigte in Stimmung und Preisen keine Veränderung; beide sind als fest zu bezeichnen. Mit der Bahn kamen 50 Sacks zur Abladung und verkauft wurden 110 Ballen. Die Entnahmen verteilten sich auf Markthopfen zu Preisen zwischen 440 und 460 M., Hallertauer mit und ohne Siegel zu 450 bis 500 M., Württemberger zu 450 bis 470 Mark. Außerdem gingen von 1917er Hopfen einige Partien zu 210, 240 und 250 M. sowie einige hundert Zentner älterer Jahrgänge zu 80 M. in anderen Besitz über.

Dividendenkündigungen

- Gewerbebank zu Chemnitz 6 (5) Proz. aus einem Reingewinn von 21 248 M.
Stahl & Federer, Akt.-Ges., in Stuttgart 6 (L. V. 7) Proz. aus einem Gewinn von 1 049 067 (L. V. 1 166 166) M.
Wasserwerk für das nördliche Kohlenrevier in Gelsenkirchen wieder 8 1/2 Proz.
Hallische Kallwerke 10 (L. V. 6) Proz.
Hufa, Hoch- und Tiefbau-Akt.-Ges. in Breslau 8 (L. V. 4) Proz.
Ostdeutsche Buchdruck- und Verlagsanstalt, Akt.-Ges., in Posen 5 (L. V. 4) Proz. aus einem Reingewinn von 62 979 (61 265) M. nach Abschreibungen von 139 376 (90 240) M.
Rheinisch-Westfälische Bauindustrie, Akt.-Ges., in Haspel 10 (L. V. 20) Prozent.
Bayerische Wolldeckenfabrik Bruckmühl, Akt.-Ges., in München 9 (L. V. 12) Prozent.
Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg wieder 8 Prozent.
Hotel Ditsch wieder Dividendenlos.
Sanitas, Akt.-Ges., in Hamburg wieder 10 Prozent.

Wir sind beauftragt, die für das Geschäftsjahr 1918 auf 8% festgesetzten Gewinnanteile der Berliner Handels-Gesellschaft zur Auszahlung zu bringen.

Leipzig, den 7. April 1919.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt,
Meyer & Co.,
Mitteldeutsche Privat-Bank Aktiengesellschaft.

George Meyer, Bankgeschäft, Leipzig, Neumarkt 40

An- und Verkauf von Wertpapieren. Eröffnung laufender Rechnungen. Beteiligung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle. Scheckverkehr Schließbücher. Handel in sämtlichen ausländischen Werten, besonders in Pfandbriefen, wie Chile, China, Japan, usw.